

## Medienbildung statt Verbote: Bundeselternrat, GMK, DKHW, D64 fordern: Keine pauschalen Handyverbote an Schulen!

Bielefeld, 27. August 2025 – In einem gemeinsamen offenen Brief sprechen sich der Bundeselternrat, die Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (GMK), das Deutsche Kinderhilfswerk sowie D64 – Zentrum für digitalen Fortschritt klar gegen pauschale Smartphone-Verbote an Schulen aus. Stattdessen fordern sie eine bundesweite Bildungsoffensive für Medien- und Demokratiekompetenz sowie die aktive Beteiligung von Schüler:innen, Eltern und Lehrkräften an schulischen Regelungen.

**Aline Sommer-Noack**, stellvertretende Vorsitzende des **Bundeselternrats**, kommentiert: „Digitale Medien gehören heute zum Alltag von Kindern und Jugendlichen – und damit auch in eine zeitgemäße Schule. Pauschale Handyverbote greifen zu kurz. Statt symbolpolitischer Schnellschüsse braucht es klare, altersgerechte und gemeinsam erarbeitete Regeln, die pädagogisch sinnvoll sind und die Verantwortung von Schule, Eltern und Schülern gleichermaßen einbeziehen.“

Die Medienpädagogin **Anke Dana Tretter**, die Mitglied der AG Bildung von **D64** ist, ergänzt: „Pauschale Verbote privater Smartphones nehmen Schulen die Chance, digitale Herausforderungen pädagogisch zu begleiten. Verbote behindern die Entwicklung von Selbstregulation, kritischem Denken und demokratischer Verantwortung. Kompetenz entsteht nicht durch Abwesenheit des Gegenstands.“

Für **Rüdiger Fries**, den Co-Vorsitzenden der **Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (GMK)** ist klar: „Medienkompetenz entsteht nicht durch Weglegen der Smartphones, sondern durch reflektierte Begleitung und pädagogisch-didaktische Gestaltung. Wir müssen Kinder und auch Jugendliche gleichermaßen schützen, befähigen und beteiligen, damit sie ausprobieren und kreativ sein können. Hilfreich ist die gemeinsame Entwicklung differenzierter Regulierungsmaßnahmen in der Schule. Ein pauschales Verbot greift zu kurz. Es fokussiert auf das Gerät als Ursache, statt die tieferliegenden pädagogischen, gesellschaftlichen und sozialen Faktoren in den Blick zu nehmen.“

**Kai Hanke**, Geschäftsführer des **Deutsches Kinderhilfswerkes** e.V. ergänzt: „Pauschale Verbote entmündigen Kinder und Jugendliche und stehen in krassem Widerspruch zu ihrem in der UN-Kinderrechtskonvention garantierten Recht auf digitale Teilhabe sowie den Aufbau von Medienkompetenz. Beim Thema Medienkompetenz darf die Politik weder junge Menschen noch Familien alleinlassen. Deshalb braucht es statt allgemeiner Verbote endlich mehr Beteiligung junger Menschen und gute Lernbedingungen in der Schule sowie Verantwortungsübernahme von Anbietern, um bestehende Risiken der Mediennutzung zu reduzieren.“

Der offene Brief kann unter <https://regulierung-braucht-medienbildung.gmk-net.de/offener-brief/> abgerufen werden.

## **Kontakt für Rückfragen**

Bundeselternrat: [info@bundeselternrat.de](mailto:info@bundeselternrat.de); [aline.sommer-noack@bundeselternrat.de](mailto:aline.sommer-noack@bundeselternrat.de)

D64 – Zentrum für digitalen Fortschritt: [presse@d-64.org](mailto:presse@d-64.org), 030 57714256

GMK: [gmk@medienpaed.de](mailto:gmk@medienpaed.de), 0521 67788

Deutsches Kinderhilfswerk: Uwe Kamp (Pressesprecher), [presse@dkhw.de](mailto:presse@dkhw.de), 030 30869311

## **Über den offenen Brief**

Der offene Brief kann ab dem 27. August 2025, 05:00 Uhr unter <https://regulierung-braucht-medienbildung.gmk-net.de/offener-brief/> abgerufen werden.

Im Brief heißt es: „Verbote schaffen keine Medienkompetenz – sie verschieben das Problem ins Private und lassen Eltern und Schüler:innen allein. Wir brauchen pädagogisch begleitete Erfahrungsräume, keine reflexartigen Verbote“.

Ziel müsse es sein, junge Menschen im Umgang mit digitalen Medien zu befähigen – nicht, sie davon auszuschließen. Schulen seien der zentrale Ort, um digitale Selbstregulation, kritische Informationsbewertung und demokratische Teilhabe zu erlernen. Pauschale Handyverbote stünden diesem Auftrag entgegen. Die unterzeichnenden Organisationen appellieren an die Kultusministerkonferenz, nicht länger auf kurzfristige Verbote zu setzen, sondern auf langfristige Bildungslösungen, die Kinder und Jugendliche ernst nehmen – und ihnen vertrauen.

## **Die zentralen Forderungen:**

- Keine pauschalen Smartphone-Verbote, sondern pädagogisch begründete und lokal abgestimmte Regelungen
- Verankerung von Medienbildung als Querschnittsaufgabe oder als eigene Fach im Bildungssystem
- Verpflichtende Beteiligung der Schulgemeinschaft an der Regelentwicklung
- Investitionen in Infrastruktur, Lehrkräftefortbildung und außerschulische Medienpädagogik
- Gemeinsame Verantwortung von Politik und Bildungsakteur:innen für zeitgemäße Medienbildung